

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen,
Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/344 –**

Graue Wölfe und Ülkücü-Szene in der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Als „Graue Wölfe“ (türkisch: Bozkurtlar) werden die Anhängerinnen und Anhänger der im türkischen Parlament vertretenen rechtsextremen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) sowie darüber hinaus auch andere türkische Ultranationalistinnen und Ultranationalisten bezeichnet. Die „Grauen Wölfe“ vertreten einen ausgeprägten Rassismus gegenüber nicht türkisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppen in der Türkei. Zu ihren Feindbildern gehören so Kurdinnen und Kurden, Alevitinnen und Aleviten, Armenierinnen und Armenier, Griechinnen und Griechen und sowie Jüdinnen und Juden. In der Türkei waren paramilitärische Gliederungen der Grauen Wölfe bis zum Militärputsch im Jahr 1980 für Tausende Morde an politischen Gegnern verantwortlich. Auch in den letzten Jahren kam es mehrfach zu pogromähnlichen Übergriffen und Lynchversuchen von Grauen Wölfen gegen kurdische Arbeitsmigranten und Studierende in der Westtürkei aber auch Roma und Linke. Neben der MHP gehört die Anfang der 90er-Jahre von dieser abgespaltene, stärker religiös ausgerichtete Große Einheitspartei (BBP) zu den Grauen Wölfen bzw. dem als Ülkücü (Idealisten) benannten rechtsnationalistischen Milieu. Aus dem Umfeld der BBP, der MHP und ihrer Jugendorganisationen stammten die Mörder und deren Hintermänner im Falle des im Jahr 2007 in Istanbul erschossenen armenischen Journalisten Hrant Dink sowie mehrerer in den Jahren 2006 und 2007 in der Türkei ermordeter Christen (www.taz.de vom 21. Januar 2008 „Schweigen für Hrant Dink“).

In Deutschland sind die Grauen Wölfe in so genannten Idealistenvereinen (Ülkücü-Vereinen) der Deutschen Türkischen Föderation (ATF) organisiert, die Teil des europaweiten Dachverbandes „Europäische Föderation der Türkischen Demokratischen Idealistenvereine“ (ADÜTDF) ist. Daneben existieren Vereine der 1987 von der ADÜTDF abgespaltenen „Türkisch-Islamischen Union Europa“ (ATIB), die eine stärkere Orientierung auf den Islam als konstitutives Element des Türkentums propagiert. Als Auslandsabteilung der BBP der Türkei existieren zudem der „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa“ (ATB).

Am 16. November 2013 versammelten sich nach Presseberichten rund 6 000 Anhängerinnen und Anhänger der Grauen Wölfe zum Deutschlandtreffen der ADÜTDF in der König-Pilsener-ARENA in Oberhausen. In der Essener Grugahalle, wo die Deutschlandtreffen in den Jahren 2009 und 2011 stattfanden, dürfen sich die Grauen Wölfe nach einer Stadtratsresolution nicht mehr versammeln (www.derwesten.de vom 18. November 2013 „Protest gegen Graue Wölfe vor der Arena Oberhausen“).

Neben den offiziellen Vereinsföderationen der Grauen Wölfe existiert zudem eine sich positiv auf das Gedankengut der Grauen Wölfe beziehende Jugendzene, die sich insbesondere über Internetseiten und Musik definiert (www.mik.nrw.de „Internetaktivitäten der Ülkücü-Bewegung – Graue Wölfe“).

Auch in Deutschland haben Graue Wölfe Gewalttaten begangen. So wurde im Jahr 1980 der türkische Gewerkschafter und Lehrer Celalettin Kesim in Berlin und im Jahr 1995 ein 21-jähriger Kurde in Neumünster von türkischen Rechtsextremen ermordet. Zudem griffen Personen aus dem Umfeld der Grauen Wölfe in den letzten Jahren zumeist im Umfeld von antikurdischen Demonstrationen mehrfach kurdischstämmige Bürgerinnen und Bürger sowie kurdische und linksgerichtete türkische Kulturvereine an (www.neues-deutschland.de vom 16. November 2013 „Graue Wölfe heulen in Oberhausen“).

Unter dem Verdacht des illegalen Waffenbesitzes durchsuchte die Polizei im Juni 2013 einen Augsburger Verein, der den Grauen Wölfen zugerechnet wird, sowie rund 20 weitere Objekte in Bayern, Recklinghausen und Frankfurt am Main nach Waffen. Bei einem Vorstandsmitglied des Vereins wurden zwei scharfe Schusswaffen mit Munition beschlagnahmt, in anderen Objekten fand die Polizei Schreckschusswaffen, Schlagstöcke, Elektroschocker und Samurai-schwerter (www.augsburger-allgemeine.de vom 13. Juni 2013 „Großbrazzia: Polizei findet bei Vereins-Vorstand scharfe Schusswaffen“).

Auf einem Kongress der Türkischen Föderation im Jahr 1996 in der Essener Grugahalle rief der damalige Führer der Grauen Wölfe, Alparslan Türkeş, seine Anhänger zum Eintritt in die CDU auf. Heute sollen nach Angaben eines selber der CDU angehörenden Funktionärs eines ADÜTDF-Mitgliedsvereins aus Hamm zahlreiche Graue Wölfe der CDU angehören (www.faz.net vom 20. Mai 2013 „Rudel auf Beutezug“). Umgekehrt suchen CDU- und auch SPD-Politikerinnen und -Politiker immer wieder die Nähe zu den Grauen Wölfen. „In Städten wie Köln, Berlin oder Hamm arbeiten Graue-Wölfe-Freunde in der CDU mit, der [2012 abgewählte] Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland lässt sich schon mal mit Wölfe-Aktivisten beim freundlichen Plausch ablichten, in Köln suchten Christdemokraten gezielt den Dialog mit Grauen Wölfen“, heißt es in der Tageszeitung „DIE WELT“ (www.welt.de vom 25. November 2011 „Der Schein trägt, die Grauen Wölfe sind gefährlich“).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Der Ideologie der so genannten Ülkücü-Bewegung – Idealisten-Bewegung – liegt ein übersteigertes Nationalbewusstsein zugrunde, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchsten Wert ansieht. Die Ülkücü-Bewegung zeigt sich in Deutschland in unterschiedlichen Ausprägungen, deren ideologische wie organisatorische Erscheinungsformen ihre Wurzeln in der Türkei haben.

Die von Alparslan Türkeş 1969 gegründete „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) gilt als Urorganisation der Ülkücü-Bewegung.

Allen gemeinsam ist die Idee einer „Großtürkei“ in den Grenzen des Osmanischen Reiches und die Forderung nach „Wiedervereinigung“ aller Turkvölker vom Balkan bis Zentralasien in einem Staat. Zur Schärfung der eigenen Identität werden Feindbilder propagiert. Kurden, Armenier, Griechen und Juden, aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten wie Homosexuelle werden – ideologisch begründet – als Feinde angesehen.

1. Welche rechtsextremen oder rechtsextrem durchsetzten türkischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland sind der Bundesregierung bekannt?

Über die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 referierten Erkenntnisse hinaus, zeigt sich in den letzten Jahren eine sukzessiv wachsende nichtorganisierte Bewegung, die über das Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken und Videoplattformen, vernetzt ist.

- a) Wie viele Mitglieder haben diese Organisationen?

Es wird zunächst auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 verwiesen.

Die Zahl der unorganisierten Ülkücü-Anhänger wird auf ca. 3 000 geschätzt.

- b) Wie sind diese Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert, und wo befinden sich ihre lokalen und regionalen Organisationschwerpunkte?

Erkenntnisse, die über die Angaben in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 16/7682 vom 8. Januar 2008 und Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 hinausgehen, liegen der Bundesregierung nicht vor.

- c) Welchen Einfluss haben diese Gruppierungen unter türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland?

Es wird zunächst auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 verwiesen. Darüber hinaus werden viele Facebookgruppen von den unorganisierten Anhängern zunehmend auch zur Mobilisierung für Aktionen, wie z. B. Demonstrationen oder Kundgebungen, genutzt. Auch die „Europäische Föderation der Türkischen Demokratischen Idealistenvereine“ (ADÜTDF) nutzt für die Rekrutierung von Nachwuchs vermehrt das Internet, insbesondere die sozialen Netzwerke.

- d) Über welche Medien verfügen diese Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland, und welchen Verbreitungsgrad haben diese?

Die Dachorganisation ADÜTDF betreibt eine Internetseite und gibt seit dem Jahr 2012 ein vierteljährlich erscheinendes Printmedium an die Mitglieder heraus (Bülten).

Die der ADÜTDF zugeordneten Vereine betreiben meistens eigene Internetpräsenzen.

- e) Welche türkischen rechtsextremen und rechtsextremistisch durchsetzten Organisationen und Gruppierungen sind Objekt der Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die ADÜTDF sowie die der Ülkücü-Ideologie anhängende unorganisierte Jugendbewegung.

2. Inwieweit sieht die Bundesregierung bei türkischen Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen in der Bundesrepublik Deutschland Anhaltspunkte, wonach diese gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker verstoßen (bitte entsprechende Gruppierungen einzeln benennen)?

Die hierzu vorliegenden Erkenntnisse referieren die Antworten der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 16/7682 (Vorbemerkung der Bundesregierung) und Bundestagsdrucksache 17/7624. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Jugendbewegung insbesondere die der Ideologie entnommenen Feindbilder nicht nur im Internet, sondern auch in der realen Welt auslebt.

- a) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über kurdenfeindliche Äußerungen oder Taten türkischer Rechtsextremisten in Deutschland?

Die Erkenntnisse über kurdenfeindliche Äußerungen fasst die Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 zusammen. Darüber hinaus zeigen die vielfältigen Facebookgruppen und Videos der Ülkücü-Anhänger im Internet eine nicht quantifizierbare Anzahl von kurdenfeindlichen Äußerungen, provozierenden Bildern und Comics. Die Jugendbewegung differenziert nicht zwischen der PKK (Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans) und den Kurden. In den letzten drei Jahren wurden 15 kurdenfeindliche Straftaten bekannt, die türkischen Nationalisten zugeordnet werden konnten. Dabei handelte es sich um Bedrohungen, Beleidigungen, gegen Kurden/die PKK gerichtete Inhalte auf gehackten Internetseiten sowie Sachbeschädigungen (Farbschmierereien).

- b) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über armenierfeindliche Äußerungen oder Taten türkischer Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten in Deutschland?

Die Armenier gehören zum Feindbild der Ülkücü-Anhänger. Auf diversen Seiten in sozialen Netzwerken oder eingebettet in Videos kommt es anlassbezogen immer wieder zu armenierfeindlichen Äußerungen.

- c) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über antisemitische Äußerungen oder Taten türkischer Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen in Deutschland?

Die vorliegenden Erkenntnisse wurden auf Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 veröffentlicht. Bei den Anhängern der Ülkücü-Ideologie tritt der Antisemitismus deutlich zutage.

Über einschlägige Webseiten, Forenbeiträge und soziale Netzwerke wird hetzerische, z. T. obszöne Propaganda auch gegen Juden bzw. Israelis betrieben. Angesichts des Gaza-Konflikts wurde massiv gegen Israel und „die Juden“ agitiert, zunehmend wird die „christliche Welt“ als „Kollaborateur des grausamen Judentums“ angesehen.

3. Inwieweit kam es nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2011 zu gewaltsamen Übergriffen türkischer Rechtsextremer in Deutschland (bitte nach Datum, Ort und Art des Überfalls auflisten)
- a) auf kurdischstämmige Bürgerinnen und Bürger sowie kurdische Institutionen,

Datum	Ort	Art des Überfalls
22.03.2011	Friedrichshafen	Gefährliche Körperverletzung zum Nachteil eines kurdischen Jugendlichen durch zwei türkischnationalistisch eingestellte Jugendliche.
01.05.2011	Stuttgart	Gewalttätige Auseinandersetzung zwischen von außen provozierenden Türken und an der Maikundgebung teilnehmenden Kurden.
18.05.2011	Ludwigshafen	Gewalttätige Auseinandersetzung zwischen zwei von außen provozierenden Türken und dem Teilnehmer einer pro-kurdischen Kundgebung.
24.08.2011	Mannheim	Im Anschluss an eine pro-kurdische Demonstration griffen zehn türkischnationalistisch eingestellte Personen drei Personen kurdischer Volkszugehörigkeit an und misshandelten sie mit Faustschlägen.
23.10.2011	Hagen	Nach einer pro-türkischen Kundgebung kam es vor einem kurdischen Vereinsgebäude zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Teilnehmern der Kundgebung und Kurden.
30.10.2011	Duisburg	Bei einer pro-türkischen Kundgebung kam es zu einer Spontanversammlung von Kurden. Bei Aufeinandertreffen einzelner Kurden mit den türkischen Versammlungsteilnehmern kam es zu Handgreiflichkeiten.
30.10.2011	München	Im Rahmen einer pro-kurdischen Versammlung kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Teilnehmern und türkischen Passanten, die in Richtung der Versammlung das Handzeichen der „Grauen Wölfe“ zeigten und antikurdische Sprüche skandierten.
26.11.2011	Berlin	Im Nachgang eines Aufzuges unter dem Motto „Gegen Faschismus und Rassismus? Staat und Nazis Hand in Hand??“ unter Beteiligung einer Vielzahl Kurden kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen kurdischen Jugendlichen und türkischen Personen.
30.11.2011	München	In einem Bus kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem Türken und drei (pro) kurdischen Jugendlichen. Als der Türke den Bus verließ, folgten ihm die anderen, und es kam zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Türke zwei der drei anderen Personen mit einem Messer schwer verletzte. Ein zufällig anwesender, einschreitender Polizeibeamter wurde von ihm durch einen Faustschlag verletzt.
30.12.2011	Mannheim	Während einer pro-kurdischen Demonstration provozierte eine Gruppe nationalistischer Türken die Teilnehmer. Infolgedessen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen diesen Personen und kurdischen Aufzugsteilnehmern.
01.05.2012	Hamburg	Der geschädigte Kurde befand sich auf der Maikundgebung des DGB. Die vier unbekanntes Täter machten das Handzeichen der „Grauen Wölfe“ und begannen unvermittelt, mit Fäusten auf den Geschädigten einzuschlagen. Als der Geschädigte am Boden lag, traten sie ihm gegen den Kopf und in den Bauch.

Datum	Ort	Art des Überfalls
03.05.2012	Frankenthal/Pfalz	Zwischen einem türkisch-nationalistisch eingestellten Jugendlichen und einem kurdischen Heranwachsenden kam es zuerst in einem sozialen Netzwerk zu wechselseitigen Beleidigungen. Unter dem Vorwand einer Aussprache wurde der Kurde bei einem persönlichen Treffen mit Faustschlägen und Tritten attackiert
05.09.2012	Bruchsal	Gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden im Nachgang eines Aufzug der „Kurdischen Jugend“
07./08.09.2012	Lübbecke	Im Rahmen eines Volksfestes kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einer türkischen und einer kurdischen Gruppe von jeweils ca. 25 Personen.
04.11.2012	Meschede	Bei einem Fußballspiel zwischen dem offensichtlich türkisch-nationalistischen Fußballverein AnadoluSpor Ramsbeck 2 und dem kurdischen FC Mezopotamya Meschede riefen türkische Fans kurdenfeindliche Äußerungen. Infolgedessen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen etwa 50 Fans und Spielern beider Mannschaften sowie dem Trainer der türkischen Mannschaft.
16.03.2013	Hannover	An einem Infotisch des „Kurdistan Volkshauses“ wurden Flugblätter u. a. an eine Personengruppe türkischer Nationalisten verteilt. Aus anfänglichen verbalen Streitigkeiten entwickelte sich eine gewalttätige Auseinandersetzung.
13.07.2013	Berlin	Während der Demonstration „One Struggle – one fight – Solidarität kennt keine Grenzen“ kam es zwischen kurdischen Versammlungsteilnehmern und ca. 15 türkisch-nationalistischen Personen, die sich vor einem türkischen Vereinsheim befanden, zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf einer der Türken einen Plastikstuhl nahm und diesen gegen die Aufzugsteilnehmer richtete.

- b) auf türkischstämmige Bürgerinnen und Bürger sowie türkische Institutionen,
- c) auf links bzw. antifaschistisch orientierte Personen nicht türkisch-kurdischer Herkunft oder linke Institutionen,
- d) auf Homosexuelle oder Transsexuelle,
- e) auf (vermeintliche) Juden und Jüdinnen oder jüdische Einrichtungen,

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

f) auf Polizistinnen und Polizisten,

Datum	Ort	Art des Überfalls
23.10.2011	Stuttgart	Versuchte gefährliche Körperverletzung z. N. eines Polizeibeamten im Rahmen einer pro-türkischen Kundgebung durch Angriff mit einem Messer.
30.10.2011	Duisburg	Am Rande einer Kundgebung, bei der es zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken kam, wurde ein PVB von einem Türken mit einem Gürtel angegriffen.
30.11.2011	München	In einem Bus kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem Türken und drei (pro) kurdischen Jugendlichen. Als der Türke den Bus verließ, folgten ihm die anderen, und es kam zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Türke zwei der drei anderen Personen mit einem Messer schwer verletzte. Ein zufällig anwesender, einschreitender PVB wurde von ihm durch einen Faustschlag verletzt.

g) auf sonstige Einzelpersonen, Gruppierungen und Institutionen (bitte angeben)?

Datum	Ort	Art des Überfalls
29.10.2011	Bremen	Während einer pro-türkischen Kundgebung bespuckte eine Person eine türkische Nationalflagge. Daraufhin wurde sie von mehreren Demonstrationsteilnehmern mit Schlägen auf den Oberkörper/Kopf attackiert.

h) Inwieweit konnten bei solchen Angreifenden organisatorische Kontakte der angreifenden Personen zu türkischen rechtsextremen Organisationen festgestellt werden, und zu welchen?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die in der Türkei bestehende „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) und der ihr nahestehenden „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (ADÜTDF) sowie deren deutscher Sektion „Deutsche Türkische Föderation“ (ATF)?

Die „Milliyetçi Hareket Partisi, Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) ist vom gesetzlichen Beobachtungsauftrag der Verfassungsbehörden, welcher sich räumlich auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes erstreckt, nicht erfasst. Zur ADÜTDF wird auf Bundestagsdrucksache 16/7682 vom 8. Januar 2008 verwiesen. ATF ist eine alte Bezeichnung für die ADÜTDF.

Die MHP wurde im Jahr 1969 durch Alparslan Türkeş gegründet. Es handelt sich um eine in der Türkei registrierte und legal zugelassene Partei. Ihr Vorsitzender ist seit 1997 Devlet Bahçeli. Die MHP ist in der aktuellen Legislaturperiode mit 53 Abgeordneten in der Großen Nationalversammlung vertreten und ist damit die zweitgrößte Oppositionspartei.

- a) Wie viele Stimmen und Abgeordnete erhielt die MHP nach Kenntnis der Bundesregierung bei den letzten Parlaments- und Regional- bzw. Kommunalwahlen in der Türkei?

Die MHP erhielt bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011 landesweit 13,01 Prozent der Stimmen (5 585 513 Stimmen) und errang 53 Abgeordnetenmandate.

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2009 erhielt die MHP landesweit 16,64 Prozent der Stimmen (5 336 695 Stimmen).

Bei der Wahl der Provinzräte am 29. März 2009 erzielte die MHP 12,62 Prozent der Stimmen in den Provinzräten (414 Sitze). Bei der Wahl der Stadträte am 29. März 2009 erreichte die MHP 18,54 Prozent und stellt insgesamt 6 005 Stadtratsmitglieder.

Bei der Wahl der Bürgermeister ebenfalls am 29. März 2009 konnte die MHP in 483 Städten und Ortschaften den Bürgermeister stellen, darunter u. a. die Oberbürgermeister in Adana, Balıkesir und Manisa.

- b) In welchen Landesteilen der Türkei liegen nach Kenntnis der Bundesregierung die Hochburgen der MHP?

Die MHP konnte bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen in folgenden Provinzen einen deutlich über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil der Wählerstimmen gewinnen: Adana, Balıkesir, Bartın, Gümüşhane, Iğdir, İsparta, Karabük, Kastamonu, Manisa, Mersin, Osmaniye und Uşak.

- c) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von einer Beteiligung von Mitgliedern oder Anhängerinnen und Anhängern der MHP an Gewalttaten in der Türkei?
- d) Über wie viele Mitglieder bzw. Anhängerinnen und Anhänger verfügt die MHP nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland, und in welchen Regionen leben diese vornehmlich?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- e) Wie viele Vereine mit wie vielen Mitgliedern gehören der ATF in der Bundesrepublik Deutschland an?

Die Bundesregierung schreibt der ADÜTDF, vormals ATF, derzeit ca. 160 Vereine zu. Über Mitgliederzahlen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die in der Türkei bestehende „Große Einheitspartei“ (BBP), ihre auch in Deutschland aktive Jugendorganisation Alperen Ocakları, die Aktivitäten ihrer Anhängerinnen und Anhänger in Deutschland und den ihr nahestehenden „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa“ (ATB) in Deutschland?

Die BBP (Büyük Birlik Partisi, Große Einheitspartei) ist eine in der Türkei registrierte und zugelassene Partei. Sie verfügt über ca. 24 000 Mitglieder. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Mustafa Destici. Zu Aktivitäten in Deutschland liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- a) Wie viele Stimmen und Abgeordnete erhielt die BBP nach Kenntnis der Bundesregierung bei den letzten Parlaments- und Regional- bzw. Kommunalwahlen in der Türkei?

Die BBP erhielt bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011 landesweit 0,75 Prozent der Stimmen (323 251 Stimmen) und konnte die 10-Prozent-Hürde nicht überwinden. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2009 erhielt die BBP 1,58 Prozent der Stimmen (508 055 Stimmen).

Bei der Wahl der Provinzräte am 29. März 2009 erzielte die BBP 0,55 Prozent in den Provinzräten (18 Sitze). Bei der Wahl der Stadträte am 29. März 2009 erreichte die BBP 0,91 Prozent der Stimmen und stellt insgesamt 294 Stadtratsmitglieder. Bei der Wahl der Bürgermeister ebenfalls am 29. März 2009 konnte die BBP in 20 Städten und Ortschaften den Bürgermeister stellen, das sind 0,69 Prozent aller Bürgermeisterposten.

- b) In welchen Landesteilen der Türkei liegen nach Kenntnis der Bundesregierung die Hochburgen der BBP?

Die BBP hat bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen in folgenden Provinzen einen höheren Zuspruch als im landesweiten Durchschnitt gehabt: Ağrı, Ardahan, Batman, Iğdır, Kahramanmaraş, Siirt und Sivas.

- c) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von einer Beteiligung von Mitgliedern oder Anhängerinnen und Anhängern der BBP und ihrer Jugendorganisation an Gewalttaten in der Türkei, insbesondere an der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink (2007), des katholischen Priesters Andrea Santoro in Trabzon (2006) und an drei christlichen Missionaren in Malatiya (2007)?

Der Bundesregierung sind aus der jüngeren Vergangenheit keine Fälle bekannt, in denen Mitglieder oder Anhängerinnen und Anhänger der BBP und ihrer Jugendorganisation an politisch motivierten Gewalttaten in der Türkei beteiligt waren.

Die in der Frage genannten Verfahren in den Mordfällen des armenisch-stämmigen Journalisten Hrant Dink und der drei christlichen Missionare in Malatya sind noch nicht abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Ermordung des katholischen Priesters Andrea Santoro in Trabzon liegen nach Abschluss des Verfahrens keine Kenntnisse über eine Beteiligung vor.

- d) Über wie viele Mitglieder bzw. Anhängerinnen und Anhänger verfügt die BBP nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland, und in welchen Regionen leben diese vornehmlich?
- e) Wie viele Vereine mit wie vielen Mitgliedern gehören dem „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa“ (ATB) nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland an?
- f) An wie vielen Orten in der Bundesrepublik Deutschland ist die Jugendorganisation Alperen Ocakları nach Kenntnis der Bundesregierung mit Vereinen oder Gruppen präsent, und über wie viele Mitglieder verfügt sie hier?
- g) Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Verhältnis der ATB zur ADÜTDV?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

6. Inwieweit und zu welcher Gelegenheit gab es seit dem Jahr 2009 Kontakte der Bundesregierung zu den Parteien MHP und BBP in der Türkei oder zu Politikerinnen und Politikern, die diesen Parteien angehören?

Die deutsche Botschaft in Ankara unterhält regelmäßige Kontakte zu allen im türkischen Parlament vertretenen Parteien, darunter auch zur MHP. Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel traf anlässlich ihres Ankara-Besuchs vom 29. bis 30. März 2010 mit allen Parteivorsitzenden der im türkischen Parlament vertretenen Parteien zusammen, darunter auch mit dem MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli.

Zur BBP, die nicht im türkischen Parlament vertreten ist, unterhält die deutsche Botschaft in Ankara keine Kontakte.

7. Welche Aufmärsche, Demonstrationen und Veranstaltungen türkischer Rechtsextremer seit dem Jahr 2011 sind der Bundesregierung bekannt geworden (bitte auflisten wann, wo, und aus welchem Anlass diese Demonstrationen oder Veranstaltungen stattfanden, wer sie veranstaltete, und wie viele Personen daran teilnahmen, und ob es aus den Veranstaltungen/Aufzügen heraus zu einschlägigen Straftaten – insbesondere Gewalttaten – kam)?

Das Versammlungsrecht liegt in der ausschließlichen Kompetenz der Länder. Eine vollständige Übersicht über die in Rede stehenden Ereignisse liegt der Bundesregierung deshalb nicht vor.

Folgende Veranstaltungen wurden nach polizeilichen Erkenntnissen entweder von türkisch-nationalistischen Organisationen/Personen ausgerichtet oder unter Beteiligung dieses politischen Spektrums abgehalten:

Die Demonstrationen und Veranstaltungen bis zum 22. März 2011 wurden bereits auf Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 beantwortet. Für den Zeitraum vom 23. März bis zum 21. Oktober 2011 liegen keine Erkenntnisse vor.

Die in der folgenden Tabelle mit * gekennzeichneten Demonstrationen wurden als Protestveranstaltungen im Zusammenhang mit in der Türkei stattgefundenen Auseinandersetzungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet durchgeführt. Sie wurden häufig als Gegen- oder Parallelveranstaltung zu kurdischen Demonstrationen angemeldet.

Datum	Ort	Anlass/Thema	Teilnehmer /Verlauf
22.10.2011	Berlin	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 300 / friedlich
22.10.2011	Dortmund	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 1000 / im Vorfeld Provokationen zwischen Anhängern der Ülkücü-Bewegung und Kurden. Die Demonstration verlief friedlich.
22.10.2011	Augsburg	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 500 / friedlich
22.10.2011	Peine	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 250 / friedlich
23.10.2011	Duisburg	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt
23.10.2011	Hagen	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 600 / zunächst friedlich, später versuchte Stürmung des Kurdischen Kulturzentrums durch ca. 150 Demonstrationsteilnehmer

Datum	Ort	Anlass/Thema	Teilnehmer /Verlauf
23.10.2011	Karlsruhe	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt
23.10.2011	Kiel	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 500 / friedlich
23.10.2011	Köln	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 1200 / friedlich, später aber unfriedliche Anschlussdemonstration mit Ausschreitungen
23.10.2011	Stuttgart	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 200 / friedlich
23.10.2011	Wuppertal	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 700 / friedlich
23.10.2011	Aachen	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 300 / friedlich
28.10.2011	Nürnberg	Ausrichter (ADÜTDF Verein Nürnberg) einer angemeldeter Demonstration*	TN unbekannt; friedlich
29.10.2011	Bremen	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
29.10.2011	Ingolstadt	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
29.10.2011	Freiburg	Ausrichter (ADÜTDF Verein Freiburg) einer angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
30.10.2011	Bielefeld	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
30.10.2011	Duisburg	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
13.11.2011	Mannheim	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
13.11.2011	Düsseldorf	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
19.11.2011	Essen	Hauptversammlung der ADÜTDF	Ca. 10 000 / friedlich
20.11.2011	Dortmund	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
25.11.2011	Ahlen	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
30.11.2011	Duisburg	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	unbekannt; friedlich
26.02.2012	Bielefeld	Teilnahme an angemeldeter Demonstration*	ca. 120; friedlich
17.08.2012	München	Aufruf auf Facebook zur Demonstration gegen die Kundgebung der Partei „Die Freiheit“ gegen das in München geplante Islamzentrum „ZIEM“	ca. 50; friedlich

Datum	Ort	Anlass/Thema	Teilnehmer /Verlauf
25.08.2012	Wiesbaden	Aufruf zu einer nicht angemeldeten Kundgebung gegen den „PKK-Terror“ durch eine Facebookgruppe „Los Turkos“	ca. 40; friedlich, da der Einsatz der Polizei Übergriffe durch angereiste kurdische Jugendliche verhinderte.
13.09.2012	Bielefeld	Teilnahme an angemeldeter Demonstration	ca. 100; friedlich
16.11.2013	Oberhausen	Hauptversammlung ADÜTDF	ca. 13 000; friedlich

8. Wie viele und welche türkisch- oder deutschsprachigen Internetseiten (auch Videoportale) aus dem Graue-Wölfe-Milieu sind der Bundesregierung bekannt?
- a) Welche dieser Seiten werden nach Kenntnis der Bundesregierung von in Deutschland lebenden Personen betrieben?

Die Szene verfügt über zahlreiche Internetseiten und Videoportale. Die Anzahl der Internetseiten und Videoportale, welche dem unorganisierten Teil der Ülkücü-Bewegung zuzurechnen sind, kann nicht beziffert werden: die Namen dieser Seiten wechseln häufig; viele Seiten werden nur anlassbezogen eingerichtet, wie z. B. Aufrufe zu Aktionen, und nach dem Ereignis wieder gelöscht.

- b) Über welche Verbreitung verfügen diese Websites nach Kenntnis der Bundesregierung unter den in Deutschland lebenden türkischstämmigen Jugendlichen?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- c) Inwieweit sind der Bundesregierung Beiträge aus diesen Internetseiten bekannt, die geeignet sind, gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker zu verstoßen (Seiten, Art und Inhalt des Beitrages benennen)?

Auf die Antworten zu den Fragen 2a bis 2c wird verwiesen.

- d) Welchen Einfluss haben solche Websites nach Kenntnis oder Einschätzung der Bundesregierung auf türkischstämmige Jugendliche in Deutschland?
- e) Inwieweit sieht die Bundesregierung in solchen Internetseiten ein Integrationshindernis für türkischstämmige Jugendliche?

Die Ideologie der Ülkücü-Bewegung bewirkt Integrationshemmnisse durch die Überhöhung des „Türkentums“ und die damit einhergehende Herabsetzung aller anderen Nationen. Soziale Netzwerke und Videoportale werden für Jugendliche sowohl als Organisations- als auch Agitationsplattform immer attraktiver. Die Ülkücü-Jugendlichen bilden hier keine Ausnahme. Die Ülkücü-Ideologie wird dort in plakativen Versatzstücken jugendgerecht verbreitet.

- f) Welche Hackerangriffe durch das Ayyildiz-Hackerteam und andere Gruppen oder Personen aus der Ülkücü-Szene auf deutsche Websites sind der Bundesregierung bekannt geworden?

Bis zum Jahr 2009 wurden in Deutschland 29 Fälle von Hacking durch das Ayyildiz-Team bekannt. Ab dem Jahr 2009 liegen keine Erkenntnisse zu weiteren durch das Ayyildiz-Team gehackten deutschen Internetseiten vor. In den letzten fünf Jahren sind insgesamt zehn Fälle von Hacking deutscher Internet-

seiten bekannt geworden, die einen türkisch-nationalistischen Hintergrund vermuten lassen. Die augenscheinlich wahllos ausgewählten Internetseiten, darunter u. a. Schulen und private Unternehmen, wurden dahingehend verändert, dass statt der ursprünglichen Inhalte türkisch-nationalistische Propaganda bzw. Äußerungen gegen Kurden/PKK, Israel, Juden und Armenier erschienen.

9. Welche in der Bundesrepublik Deutschland auftretenden Musiker, Musikerinnen und Musikgruppen rechnet die Bundesregierung zum Spektrum der Grauen Wölfe bzw. der Ülkücü-Szene, und woraus ergibt sich diese Einstufung?

Weiter ist Ozan Arif (Sirin Arif) als Musiker bekannt. Er ist ehemaliges Mitglied der ADÜTDF und ehemaliger Weggefährte von Alparslan Türkes. Ozan Arif gilt Teilen der Ülkücü-Bewegung als Idol.

- a) Wie viele, und welche Konzerte mit Musikern aus der Ülkücü-Szene fanden während der letzten fünf Jahre nach Kenntnis der Bundesregierung statt (bitte Veranstaltungsdatum, -ort, Veranstalter und Teilnehmerzahl angeben)?

Eine systematische Erfassung der Konzerte findet nicht statt.

- b) Inwieweit sind der Bundesregierung Auftritte von bekannten Musikern aus dem Ülkücü-Milieu auf kommunalen Veranstaltungen in Deutschland bekannt geworden?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

10. Inwieweit sind der Bundesregierung Sportvereine in Deutschland, die der Ülkücü-Szene zugerechnet werden, bekannt?

Der Bundesregierung sind Sportvereine im Sinne der Frage bekannt, eine systematische Erfassung findet nicht statt.

11. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Tätigkeit türkischer Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder von Mitgliedern rechtsextrem beeinflusster türkischer Vereine in Ausländer- und Migrationsbeiräten?
12. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Kooperation deutscher Parteien oder von Funktionärinnen und Funktionären dieser Parteien mit türkischen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder rechtsextremistisch beeinflussten Vereinen in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Art der Kooperation und nach Parteien aufschlüsseln)?
13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Mitgliedschaft oder Funktionärstätigkeit türkischer Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder von Mitgliedern rechtsextrem beeinflusster türkischer Vereinigungen in deutschen Parteien?
 - a) Welche konkreten Fälle einer Mitgliedschaft, Funktionärstätigkeit oder Kandidatur türkischer Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder Mitglieder rechtsextrem beeinflusster türkischer Vereine in deutschen Parteien oder auf deren Wahllisten sind der Bundesregierung bekannt geworden?

- b) Wie reagierten nach Kenntnis der Bundesregierung die betroffenen Parteien jeweils auf die Mitgliedschaft, Funktionärstätigkeit oder Kandidatur mutmaßlicher türkischer Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder Mitglieder rechtsextrem beeinflusster türkischer Vereine (bitte einzeln aufschlüsseln)?
- c) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Wahl von türkischen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder Mitgliedern rechtsextrem beeinflusster türkischer Vereine über die Listen der genannten deutschen Parteien in den Kommunalparlamenten (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Erkenntnisse, die über die entsprechende Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/7624 vom 8. November 2011 hinausgehen, liegen der Bundesregierung nicht vor.

- 14. Inwieweit bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung Kontakte von Grauen Wölfen bzw. der Ülkücü-Szene in die islamistische Szene in Deutschland?
- 15. Inwieweit bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung Kontakte zwischen den Grauen Wölfen bzw. der Ülkücü-Szene und Vereinen von turkstämmigen Migrantinnen und Migranten aus dem Kaukasus oder China (Uiguren, Tschetschenen etc.)?
- 16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Verstrickung türkischer Rechtsextremisten im Drogen- oder Waffenhandel, in der Schutzgelderpressung, im Menschenhandel oder in der sonstigen organisierten Kriminalität?
- 17. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Zusammenarbeit türkischer Rechtsextremisten mit dem türkischen Geheimdienst MIT in der Bundesrepublik Deutschland?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- 18. In wie vielen und welchen Fällen kam es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren zu Waffenfunden bei Personen aus dem Graue-Wölfe- bzw. Ülkücü-Milieu oder in Objekten, die dieser Szene zugeordnet werden (bitte Menge und Art der Waffen benennen)?

Über den bereits in der Anfrage genannten Fall hinaus sind der Bundesregierung keine Sachverhalte bekannt, in denen Schusswaffen gefunden wurden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

- 19. Welches deutsch- und türkischsprachige Aufklärungsmaterial über die Grauen Wölfe bzw. die Ülkücü-Ideologie liegen vonseiten der Bundesregierung oder – nach ihrer Kenntnis – vonseiten der Landesregierungen, kommunaler Behörden oder sonstiger Einrichtungen, wie Gewerkschaften, vor, und welche dieser Materialien wurden aus Bundeshaushaltsmitteln gefördert?

Durch die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) werden in einem Beitrag des Onlinelexikons „Kleines Islamlexikon“ auf der Internetseite der BpB (www.bpb.de/nachschlagen/lexika/islam-lexikon/21419/graue-woelfe) Informationen zum Stichwort „Graue Wölfe“ zur Verfügung gestellt. Ferner wird in dem im Auftrag der BpB vom Verein ufuq.de (Jugendkultur, Medien & politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft e. V.) erstellten Newsletter

„Jugendkultur, Islam und Demokratie“ (www.bpb.de/gesellschaft/migration/jugendkultur-islam-und-demokratie/125175/graue-woelfe) über die Organisation unter dem Stichwort „Graue Wölfe“ informiert.

Weitere Veröffentlichungen im Sinne der Frage sind:

- Canan Atilgan: Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Materialien für die Arbeit vor Ort, Sankt Augustin 1999 – www.kas.de/wf/doc/kas_3521-544-1-30.pdf?070110192614 (Konrad-Adenauer-Stiftung, gefördert durch das Bundesministerium des Innern – BMI).
- Sevket Kücükhüseyin: Türkische politische Organisationen in Deutschland, Zukunftsforum Politik, Sankt Augustin 2002 – www.kas.de/wf/doc/kas_855-1522-1-30.pdf?070110192656 (Konrad-Adenauer-Stiftung, gefördert durch das BMI).
- „Ausländerextremismus“ – Broschüre des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2007).
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Themenheft „Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Exjugoslawen – Russlanddeutsche – Türken – Polen“ aus dem Jahr 2010. Gefördert im Rahmen des XENOS-Programms „Integration und Vielfalt“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales – BMAS).
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Themenheft „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus“, das in zwei Auflagen 2008 erschienen ist. Gefördert über das Bundesprogramm „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ (BMAS). 2010 wurde das Heft überarbeitet und im Kontext des damals neu gestarteten Modellprojekts „Islam und Ich“ der „Initiative Demokratie Stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) neu aufgelegt.
- Abschlussbericht des Forschungsprojektes „Zur gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsradikalismus im türkischen Milieu allochthoner Jugendlicher und Heranwachsender“ der Forschungsstelle für Interkulturelle Studien an der Universität zu Köln im Auftrag der Stadt Köln, Interkulturelles Referat (2010).
- Broschüre „Wer sind die ‚Grauen Wölfe‘?“, herausgegeben vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2011).
- „Die Grauen Wölfe – Nationalismus und Rechtsextremismus unter türkischen Migranten in Deutschland“, Kurzpapier des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (2013).
- „Der ideale Türke – Ultrationalismus der Grauen Wölfe in Deutschland“, Schriftenreihe Zentrum Demokratische Kultur, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ durch das BMFSFJ (Juni 2013).

Die vom BMFSFJ und vom BMAS aus Bundesmitteln geförderte Vielfalt-Mediathek, die beim Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) angesiedelt ist, ist Herausgeberin folgender im Kontext der Frage relevanter Publikationen:

- Broschüre „Türkischer Nationalismus in Deutschland“ (vgl. <http://vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=4037&domark=1>).

- Greuel, Frank/Glaser, Michaela: Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Erscheinungsformen und pädagogische Praxis in der Einwanderungsgesellschaft (vgl. www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5019&new_search_pid=351 – Gefördert aus dem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, BMFSFJ).
- ZDK Gesellschaft demokratische Kultur gGmbH: Familien stärken – gegen Extremismus und Gewalt. Die speziellen Anforderungen im Kontext Türkischer Ultranationalismus und Islamismus (vgl. www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=3885 – Gefördert aus dem Vorgängerprogramm „VIELFALT TUT GUT“, BMFSFJ).

Im Rahmen der „Initiative Demokratie Stärken“, gefördert vom BMFSFJ, ist die folgende Veröffentlichung erschienen, die online abrufbar ist unter: http://alevi.com/de/wp-content/uploads/2013/12/Webversion_Pädagogische-Handreichung-Zeichen-setzen.pdf: Alevitische Gemeinde Deutschland e. V. (Hrsg.): Zeichen setzen. für gemeinsame demokratische Werte und Toleranz. Eine Pädagogische Handreichung zum Umgang mit Salafismus, türkischem Ultranationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus unter besonderer Berücksichtigung der Situation unter türkeistämmigen Migranten.